

# Inhaltsverzeichnis

## *Einleitung*

<b>Gegenstand, Zielsetzung und Gang der Untersuchung</b>	17
--	----

## *Kapitel 1*

<b>Völkervertraglicher Individualrechtsvorbehalt im Auslieferungsverkehr mit den USA?</b>	28
---	----

A. Auslieferungspflicht im vertraglichen Auslieferungsverkehr zwischen Deutschland und den USA	29
I. Der rechtliche Rahmen: Der Auslieferungsverkehr zwischen Deutschland und den USA	29
1. Die völkerrechtlichen Auslieferungsverträge D/USA und EU/USA	29
2. Innerstaatliche Anwendbarkeit der völkerrechtlichen Auslieferungsverträge mit den USA	33
II. Überblick über die Auslieferungsvoraussetzungen in den völkerrechtlichen Auslieferungsverträgen mit den USA	34
1. Positive Auslieferungsvoraussetzungen	35
2. Negative Auslieferungsvoraussetzungen: Nichteingreifen von Ablehnungsgründen	36
a) Ablehnungsgründe aus dem multilateralen AuslAbk EU-USA	37
b) Ablehnungsgründe aus dem bilateralen AuslV D-USA	37
c) Zwischenergebnis	38
B. Begrenzung der Auslieferungspflicht im Auslieferungsverkehr mit den USA durch völkervertraglich geregelten Grund- und Menschenrechtsvorbehalt?	39
I. Explizit völkervertraglich geregelter Grund- und Menschenrechtsvorbehalt?	39
1. Individualrechtsschutz in Art. 13 AuslAbk EU-USA und Art. 12 AuslV D-USA i. V. m. ZusV und 2. ZusV	40
2. Individualrechtsschutz in Art. 17 Abs. 1 AuslAbk EU-USA i. V. m. dem AuslV D-USA	42
3. Zwischenergebnis	45
II. Durch Auslegung ermittelbarer Individualrechtsschutz?	46
1. Auslegungsgrundsätze	46
2. Auslegung der innerstaatlich anwendbaren Auslieferungsverträge: EU/USA und D/USA	49

a) Präambel des AuslAbk EU-USA .....	49
b) Art. 17 Abs. 1 AuslAbk EU-USA i.V.m. Art. 27 AuslV D-USA .....	52
aa) Wortlaut .....	53
bb) Sinn und Zweck .....	54
cc) Systematik .....	55
dd) Historie .....	56
ee) Zusammenfassung: Art. 17 Abs. 1 AuslAbk EU-USA i.V.m. Art. 27 AuslV D-USA .....	56
c) Art. 17 Abs. 2 AuslAbk EU-USA .....	57
aa) Der Wortlaut der Norm, Art. 31 Abs. 1 WVK .....	57
bb) Sinn und Zweck .....	58
cc) Systematik .....	59
dd) Historie .....	60
ee) Zusammenfassung: Art. 17 Abs. 2 AuslAbk EU-USA .....	61
d) Zwischenergebnis .....	62
e) Generelle grund- und menschenrechtsfreundliche Auslegung? .....	62
aa) Inzidenter Vorbehalt der Beachtung nationaler oder europäischer Werte?	63
bb) Inzidenter Vorbehalt der Beachtung gemeinsamer Werte? .....	63
3. Ergebnis der Auslegung der innerstaatlich im Auslieferungsverkehr mit den USA anwendbaren Auslieferungsverträge .....	64
C. Ergebnisse Kapitel 1 .....	65

## *Kapitel 2*

### **Anwendbarkeit eines allgemeinen Individualrechtsvorbehalts jenseits völkervertraglicher Klauseln** 68

A. Relevanz von Grund- und Menschenrechten des Auszuliefernden im ersuchenden Staat nach Auslieferung .....	68
I. Die Extraterritorialität grund- und menschenrechtlicher Fragen .....	68
II. Umfassender Grund- und Menschenrechtsschutz durch Gesamtschau punktueller individualrechtsschützender Ablehnungsgründe? .....	71
1. Der Anwendungsbedarf von Individualrechten als Ablehnungsgrund .....	72
2. Bedenken bezüglich der Strafe/des Strafvollzugs im ersuchenden Staat .....	73
3. Bedenken bezüglich des Strafverfahrensrechts des ersuchenden Staates .....	76
4. Weitere Gründe .....	79
III. Ergebnis .....	80
B. Völkerrechtliche Grenzen der Auslieferung: Existenz eines genuin völkerrechtlichen Menschenrechtsvorbehalts? .....	81
I. Menschenrechte als Teil eines völkerrechtlichen Ordre-Public-Vorbehalts .....	82

1. Rechtsquellen völkerrechtlicher Menschenrechte .....	83
2. Menschenrechte als objektive Wertordnung .....	85
II. Normenhierarchie im Völkerrecht zur Auflösung einer völkerrechtlichen Pflichtenkollision? .....	86
1. Genereller Vorrang von Menschenrechten? .....	86
2. Die Unterscheidung von ius-cogens- und erga-omnes-Normen .....	88
a) Auslieferungspflichten und ius-cogens-Normen .....	90
aa) Das Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Be- handlung im ersuchenden Staat .....	91
(1) Teil des ius cogens .....	91
(2) Die problematische Inhaltsbestimmung des Verbots von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung .....	96
bb) Rechtspraktische Grenzen .....	98
cc) Zusammenfassung .....	101
b) Auslieferungspflichten und andere völkerrechtliche Menschenrechte ...	101
3. Völkervertragliche Auslieferungspflicht und regionales ius cogens .....	102
III. Andere völkerrechtliche Vorrangregelungen: „Lex posterior“ und „lex specialis“ bei gleichwertigen Völkerrechtsquellen .....	102
IV. Zwischenergebnis .....	104
C. Genuin europäischer Ordre Public .....	105
D. Innerstaatliche Perspektive und Grundrechtsbindungen .....	106
I. Anwendbarkeit des § 73 S. 1 IRG im Auslieferungsverkehr mit den USA – das Verhältnis zwischen Gesetz und Vertrag .....	108
II. Bindung deutscher Hoheitsträger an Recht und Gesetz .....	113
1. Korrektur des völkerrechtlichen Auslegungsergebnisses? .....	114
2. Grundsätzliche Anwendbarkeit regionaler und nationaler Grund- und Menschenrechte im Auslieferungsverkehr .....	118
a) Die rein völkerrechtliche Betrachtungsweise .....	119
b) Regionale und nationale Grundrechte als Schranken einer Auslieferung? .....	120
aa) Kompletter Ausschluss regionaler und nationaler Grundrechte? ....	120
bb) Volle oder eingeschränkte Grundrechtsgeltung trotz einer etwaig ab- weichenden völkerrechtlichen Verpflichtung .....	125
(1) Volle Grundrechtsgeltung .....	125
(2) Eingeschränkte Grundrechtsgeltung .....	126
c) Bestandsaufnahme und Stellungnahme .....	129
3. Anwendbarer Grundrechtskatalog für die Beurteilung der Rechtmäßigkeit ei- ner Auslieferungsentscheidung .....	131
a) Unionsrechtliche Grundrechtsgarantien .....	132

b) Anwendungsvorrang von Unionsrecht .....	133
c) Anwendungsbereich des Unionsrechts .....	134
aa) Durchführung von Unionsrecht .....	134
bb) Ausgangslage .....	135
cc) Beurteilungen bei Auslieferungsentscheidungen bezüglich der USA als ersuchendem Staat .....	138
(1) Überstellung von Unionsbürgern .....	138
(2) Überstellung von Drittstaatsangehörigen .....	140
(3) Zwischenergebnis .....	144
dd) Extraterritorialität von Auslieferungssachverhalten und die Anwend- barkeit der GrCh .....	145
d) Grundrechtliche Grenzen einer Überstellung im Anwendungsbereich von Unionsrecht .....	147
aa) Grund- und Menschenrechtsstandards bei Übergabe auf der Grundlage eines Europäischen Haftbefehls .....	148
(1) Grenzen des gegenseitigen Vertrauens und des Grundsatzes gegen- seitiger Anerkennung .....	153
(2) Die Rechtsprechung des EuGH zur Berücksichtigung unionaler Grundrechte .....	159
(a) Strikte Ablehnung eines europäischen Grundrechtsvorbehalts	160
(b) Ansätze eines europäischen Grundrechtsvorbehalts .....	162
(aa) Die Gefahr des Verstoßes gegen das Verbot von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Strafe oder Be- handlung .....	162
(bb) Die Gefahr des Verstoßes gegen das Recht auf ein faires Verfahren .....	165
(cc) Die Chance des EuGH zur Entwicklung echter Mindest- standards in Bezug auf Art. 4 GrCh .....	168
(c) Bewertung .....	172
(aa) Erforderlicher Grundrechtsstandard .....	173
(bb) Nachweis und Zurechenbarkeit einer drohenden Grund- rechtsverletzung .....	180
(3) Berücksichtigung nationaler Grundrechte im Anwendungsbereich von Unionsrecht? .....	184
(a) Hintergrund: Uneingeschränkter Vorrang von Unionsgrund- rechten vor nationalen Grundrechten? .....	185
(aa) Parallele Anwendbarkeit von nationalen und unionalen Grundrechten i. S. e. Meistbegünstigung? .....	185
(bb) Die Anwendungsbereiche von Unionsgrundrechten und nationalem Verfassungsrecht .....	187
(b) Das BVerfG und die Identitätskontrolle .....	190

(c) Ansätze eines nationalen Grundrechtsvorbehalts in der Rechtsprechung des EuGH? .....	193
(d) Unionsrechtskonformität einer Identitätskontrolle? .....	195
(aa) Schutzgehalt nationaler Identität: Grundlegende Verfassungsstrukturen eines Nationalstaats .....	197
(bb) Der unionsrechtliche Schutz nationaler Identitäten und seine Grenzen .....	198
(cc) Die Entscheidungsbefugnis über die Verletzung identitätsbildender Verfassungsstrukturen .....	202
(dd) Zwischenergebnis: Keine Anwendbarkeit des GG, Maßstab: Art. 52 Abs. 1 GrCh in den Grenzen des Art. 2 EUV .....	207
bb) Übertragbarkeit des Maßstabs der GrCh auf Auslieferungen an die USA .....	207
(1) Übertragbarkeit des Maßstabs der GrCh .....	208
(2) Anwendbarkeit nationalen Verfassungsrechts? .....	209
(3) Einschränkung der Unionsgrundrechte bei Auslieferungen an die USA .....	210
(a) Grundsatz gegenseitigen Vertrauens im Verhältnis zu Drittstaaten? .....	210
(b) Grundrechtsreduzierung aufgrund einer „Völkerrechtsfreundlichkeit“ der Union? .....	212
(c) Grundrechtsreduzierung auf Null wegen entgegenstehender Souveränitätsinteressen der USA? .....	214
4. Zwischenergebnis und weiterführende Überlegungen .....	219
III. Vereinbarkeit von Überstellungen aufgrund von Zusicherungen mit dem reduzierten Maßstab der GrCh .....	223
1. Vereinbarkeit der Auslieferung bei drohender Todesstrafe mit dem reduzierten Grundrechtsmaßstab? .....	225
2. Zusicherung der Nichtvollstreckung der Todesstrafe als Zurechnungsausschluss grundrechtswidrigen Verhaltens? .....	227
a) Die Rechtsnatur völkerrechtlicher Zusicherungen im Auslieferungsverkehr .....	228
b) Zurechnungsausschluss möglicher Grundrechtsverletzungen durch Zusicherungen .....	228
aa) Bedenken gegen und Begründungen für Zusicherungen im Auslieferungsverkehr zu Drittstaaten .....	229
bb) Mindestanforderungen an eine die reale Gefahr einer Unionsgrundrechtsverletzung beseitigende Zusicherung .....	231
cc) Der Fall der drohenden Todesstrafe im Auslieferungsverkehr mit den USA .....	237
c) Vereinbarkeit von Art. 13 AuslAbk EU-USA und Art. 12 AusIV D-USA i. V. m. ZusV und 2. ZusV mit dem Sinn und Zweck völkerrechtlicher Zusicherungen .....	240

IV. Übermaßverbot nationaler Justizbehörden bei Auslieferungsentscheidungen . . .	241
E. Ergebnisse Kapitel 2 . . . . .	242

### *Kapitel 3*

<b>Vorgaben für einen Grundrechtsvorbehalt im Auslieferungsverkehr der EU mit Drittstaaten</b>	247
A. Unionsgesetzgeberische Pflicht zur Ausgestaltung eines unionalen Grundrechtsvorbehalts . . . . .	247
I. Schutzpflichten für den Unionsgesetzgeber im Rahmen des Untermaßverbots . .	247
II. Legitimität eines Grundrechtsvorbehalts durch die EU in Form einer völkervertraglichen Regelung . . . . .	253
1. Prinzip der begrenzten Einzelermächtigung, Art. 5 Abs. 2 EUV . . . . .	253
2. Subsidiaritätsprinzip, Art. 5 Abs. 1 S. 2, Abs. 3 EUV . . . . .	258
3. Verhältnismäßigkeit, Art. 5 Abs. 4 EUV . . . . .	261
a) Das Verfolgen eines legitimen Ziels . . . . .	262
b) Die Geeignetheit und Erforderlichkeit einer europäischen Grundrechtsklausel . . . . .	262
c) Die Angemessenheit . . . . .	265
III. Vorschlag eines europäischen Grundrechtsvorbehalts im Auslieferungsverkehr mit Drittstaaten . . . . .	267
B. Prozessuale Ausgestaltung im Auslieferungsverkehr mit Drittstaaten . . . . .	268
I. Durchsetzung eines Grundrechtsvorbehalts vor dem Hintergrund des innerstaatlichen Auslieferungsverfahrens . . . . .	268
1. Gegenstand des Zulässigkeits- und Bewilligungsverfahrens . . . . .	268
2. Rechtsschutzmöglichkeiten gegen positive Auslieferungsentscheidungen unter Berücksichtigung der unionsrechtlichen Garantie effektiven Rechtsschutzes (Art. 47 Abs. 1 GrCh) . . . . .	272
a) Die Garantie effektiven Rechtsschutzes im Unionsrechtsgefüge: Eine geteilte Verantwortung von EU und Mitgliedstaaten . . . . .	273
b) Rechtsschutzmöglichkeiten des Auszuliefernden . . . . .	274
3. Zusammenfassung . . . . .	288
II. Prozessuale Geltendmachung einer Zusicherung . . . . .	289
<b>Resümee</b> . . . . .	293
<b>Literaturverzeichnis</b> . . . . .	295
<b>Sachverzeichnis</b> . . . . .	312